
Merkblatt zum **Antrag** auf Gewährung einer Zuwendung für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse Projekt „Mitgliederinformation und Mitgliederaktivierung“

Bitte lesen Sie dieses Merkblatt zunächst aufmerksam durch, bevor Sie mit dem Ausfüllen Ihres Förderantrages beginnen.

1. Allgemeine Hinweise

Die Förderung ist an die Einhaltung von Förderbestimmungen geknüpft, die in den forstlichen Förderrichtlinien und weiteren Vorschriften festgelegt sind.

Die aktuellen Richtlinien für die forstliche Förderung (Fördergrundsätze Forst) geben Ihnen Auskunft über die Grundsätze der Zuwendungsgewährung. Hier können Sie feststellen, unter welchen Bedingungen eine von Ihnen geplante Maßnahme förderfähig ist und ob Sie zum Kreis der Antragsberechtigten gehören.

Die forstlichen Förderrichtlinien und die Nebenbestimmungen zur Projektförderung finden Sie auf der Homepage der Landesforsten Rheinland-Pfalz (www.wald-rlp.de). Auf Anforderung werden Ihnen auch die Unterlagen zugesandt.

Nachstehend geben wir Ihnen einige ergänzende Erläuterungen, die Ihnen die Bearbeitung des Antrages erleichtern und den Ablauf des Förderverfahrens erklären sollen.

2. Gegenstand der Förderung

Die Förderung von Projekten forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse zur Mitgliederinformation und –aktivierung soll zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung und Überwindung der Strukturhemmnisse beitragen.

Gefördert werden insbesondere Maßnahmen zur fachlichen Information der Mitglieder z.B. regelmäßige Fachinformation durch Druckerzeugnisse oder digitale Medien sowie Informationsveranstaltungen bzw. Fachveranstaltungen für Mitglieder. Die Teilnahme von an der Mitgliedschaft interessierten Waldbesitzern an den Veranstaltungen ist förderunschädlich und im Rahmen der Mitgliederwerbung ausdrücklich erwünscht. Die Mitwirkung Dritter ist ebenfalls förderunschädlich.

Neben der Förderung von Maßnahmen zur fachlichen Information der Mitglieder werden auch Neumitglieder der Zusammenschlüsse gefördert, um einen Anreiz zur Mitgliederwerbung zu geben.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ist die Förderung in Form von Maßnahmenpaketen mit pauschalen Förderbeträgen konzipiert.

3. Ablauf des Förderverfahrens

3.1 Antragstellung

Die Förderung der Mitgliederinformation und –aktivierung ist Kalenderjahr bezogen und mit einer sog. Stichtagsregelung versehen. Für die Antragstellung bedeutet dies, dass mit zeitlichem Vorlauf vor dem 01.01. des Kalenderjahres in dem die geplanten Maßnahmen durchgeführt werden sollen, der Antrag bei der Bewilligungsbehörde vorgelegt werden muss.

Das Datum zur Vorlage der Anträge bei der Bewilligungsbehörde für das entsprechende Kalenderjahr wird gesondert auf der Homepage der Landesforsten Rheinland-Pfalz veröffentlicht bzw. in gesondertem Schreiben verwaltungsintern bekannt gegeben.

3.2 Antragsannahme

Ihren Förderantrag nimmt die zuständige untere Forstbehörde entgegen, die Ihren Antrag an die Bewilligungsbehörde (Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt a. d. Weinstraße – Obere Forstbehörde -) weiterleitet. Auf dem Antragsvordruck ist die Adresse der Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt a. d. Weinstraße – Obere Forstbehörde - bereits vorgedruckt.

Zuständige untere Forstbehörde ist das Forstamt, in dessen Bezirk der Zusammenschluss seinen Sitz hat. In Zweifelsfällen können Sie die zuständige untere Forstbehörde bei der Bewilligungsbehörde erfragen.

Die Zentralstelle der Forstverwaltung als obere Forstbehörde prüft, ob die Fördervoraussetzungen vorliegen.

3.3 Bewilligung

Sofern die Voraussetzungen für eine Förderung vorliegen, erhalten Sie aufgrund Ihres Antrags einen **Bewilligungsbescheid** mit der Zusage der Zuwendung und den damit verbundenen Bestimmungen, die einzuhalten sind, um die Zuwendung nach Durchführung des Vorhabens abrufen zu können.

Sie dürfen erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides oder einer Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns mit der beantragten Maßnahme beginnen und sie durchführen. Beginn des Vorhabens ist die Erteilung eines Auftrages zur Durchführung.

3.4 Verwendung/Zahlantrag

Nach Durchführung und Abrechnung der Fördermaßnahme legen Sie der zuständigen unteren Forstbehörde einen Zahlantrag / Verwendungsnachweis vor (gesonder-tes Formular), mit dem Sie die auszuzahlende Zuwendung abrufen und die zweck-entsprechende Verwendung der abzurufenden Zuwendung der Zentralstelle der

Forstverwaltung als obere Forstbehörde nachweisen. Der Zahlantrag/Verwendungsnachweis wird durch das zuständige Forstamt an die Bewilligungsbehörde weitergeleitet.

Nach Antrageingang prüft die Zentralstelle der Forstverwaltung als obere Forstbehörde ob die Voraussetzungen für die Auszahlung der Zuwendung vorliegen.

3.5 Auszahlung

Sofern die Voraussetzungen für die Auszahlung der Zuwendung gegeben sind, wird Ihnen die Zuwendung ausgezahlt. Sie erhalten mit der Auszahlung der Zuwendung einen **Auszahlungsbescheid**.

4. Erläuterungen zum Antragsvordruck

Punkt 1: Antragsteller(in)

Lfd.-Nr. 1.6: Die Angabe der Anerkennung ist lediglich verwaltungsintern entscheidend für die Wahl der Finanzierungsmittel.

Punkt 2: Allgemeine Angaben

Es können nur forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gefördert werden, die in Rheinland-Pfalz liegen.

Erstreckt sich ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss über mehrere Landkreise, ist der Landkreis anzugeben, in dem der Zusammenschluss seinen Sitz hat.

Punkt 3: Angaben zum Vorhaben

Feld „Mitteilung der Bewilligungsbehörde“

Die Gewährung der Zuwendung an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse wird im Zusammenhang mit EU-Beihilferecht als sog. De-minimis Beihilfe gesehen. Die durch die EU ergangenen Vorschriften hierzu verpflichten den Zuwendungsgeber, dass er im Rahmen der Antragstellung dem Zuwendungsempfänger mitteilt, dass es sich um eine De-minimis Beihilfe handelt.

So wird der Zuwendungsempfänger bei Beantragung weiterer De-minimis Beihilfen von anderen Zuwendungsgebern (z.B. im Agrarbereich) in die Lage versetzt, entsprechende Auskünfte bzgl. beantragter aber noch nicht bewilligter De-minimis Beihilfen zu erteilen.

Lfd.-Nr. 3.1

Das Kalenderjahr der geplanten Durchführung ist anzugeben, da die Förderung hinsichtlich des Bestehens der Mitgliedschaft mit einer Stichtagsregelung (31.12.) arbeitet. Das hier angegebene Kalenderjahr ist gleichzeitig das „Abrechnungsjahr“. Die Nachweisung der durchgeführten Maßnahmen erfolgt im darauf folgenden Jahr.

Lfd.-Nr. 3.2

Hier dürfen nur Neumitglieder angegeben werden, die zukünftig als „ordentliches Mitglied“ gem. unten stehender Definition zu lfd.-Nr. 3.3 geführt werden.

Lfd.-Nr. 3.3

Definition „**ordentliches Mitglied**“: Ein ordentliches Mitglied ist ein Vollmitglied. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass das Mitglied alle Rechte und Pflichten hat. Hierzu zählen insbesondere Stimmrecht und Beitragspflicht.

Förderfähige Inhalte der Informationsveranstaltung können aktuelle oder allgemein relevante Themen des Privatwaldes aus z.B. den Bereichen Waldbau, Forstschutz, Forsttechnik, Holzmarkt, Recht, Forstpolitik sein.

Förderfähige Inhalte der vertiefenden Fachveranstaltungen werden auf der Homepage der Landesforsten Rheinland-Pfalz (www.wald-rlp.de) rechtzeitig für das entsprechende Kalenderjahr bekanntgegeben.

Lfd.-Nr.3.3.1 und 3.3.2 sind alternativ auszuwählen.

Lfd.-Nr. 3.4

Der Beginn eines Vorhabens ist mit der Erteilung eines Auftrages zur Durchführung der Maßnahme erfolgt.

Punkt 4: Herleitung der voraussichtlichen Zuwendung

Die Förderung der Mitgliedinformation und -aktivierung erfolgt als feste Pauschale. Die Berechnung der Zuwendungshöhe ergibt sich aus den ausgewählten Möglichkeiten.

Lfd.-Nr. 4.2 und lfd.-Nr. 4.3 sind alternativ auszuwählen.

Lfd.-Nr. 4.1 ist mit beiden Varianten Paket I und Paket II kombinierbar.

Punkt 5: Erklärungen des Antragstellers

Hier sind die Spielregeln des Förderverfahrens aufgeführt. Der Antragsteller ist gehalten, diese zur Kenntnis zu nehmen, anzuerkennen oder einzuhalten. Er bestätigt dies durch seine Unterschrift am Ende des Antragsformulars.

Lfd.-Nr. 5.10

Die mit diesem Antrag beantragten Zuwendungen sind Subventionen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit dem Subventionsgesetz, die beide auszugswise wiedergegeben werden:

Auszug Strafgesetzbuch

§ 264 Subventionsbetrug

1. *Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft wer:*
 1. *einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind*
 2. *einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf Subvention beschränkt ist, entgegen, der Verwendungsbeschränkung verwendet.*
 3. *den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt oder*
 4. *in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.*
2. *In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter*
 1. *aus groben Eigennutz oder unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege für sich oder einen anderen eine nicht gerechtfertigte Subvention großen Ausmaßes erlangt,*
 2. *seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht oder*
 3. *die Mithilfe eines Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung missbraucht.*
3. *§ 263 Abs. 5 gilt entsprechend.¹*
4. *Wer in den Fällen des Absatzes Nr. 1 bis 3 leichtfertig handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*
5. *Nach den Absätzen 1 und 4 wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, dass auf Grund der Tat die Subvention gewährt wird. Wird die Subvention ohne Zutun des Täters nicht gewährt, so wird er straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Gewähren zu verhindern.*
6. *Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen einer Straftat nach den Absätzen 1 bis 3 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2). Gegenstände, auf die sich die Tat bezieht, können eingezogen werden; § 74a ist anzuwenden.*

¹ § 263 Abs. 5: Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer den Betrug als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig begeht.

7. *Subvention im Sinne dieser Vorschrift ist*
 1. *Eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil*
 - a) *ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und*
 - b) *der Förderung der Wirtschaft dienen soll,*
 2. *eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird.*

Betrieb oder Unternehmen im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist auch das öffentliche Unternehmen.

8. *Subventionserheblich im Sinne des Absatzes 1 sind Tatsachen,*
 1. *die durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes von dem Subventionsgeber als subventionserheblich bezeichnet sind oder*
 2. *von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist.*

Auszug Subventionsgesetz

§ 3 Offenbarungspflicht bei der Inanspruchnahme von Subventionen

1. *Der Subventionsnehmer ist verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder es Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder Subventionsvorteils erheblich sind. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.*
2. *Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will, hat dies rechtzeitig vorher dem Subventionsgeber anzuzeigen.*

§ 4 Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

1. *Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sind für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend.*
2. *Die Bewilligung oder Gewährung einer Subvention oder eines Subventionsvorteils ist ausgeschlossen, wenn im Zusammenhang mit einer beantragten Subvention ein Rechtsgeschäft oder eine Handlung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wird. Ein Missbrauch liegt vor, wenn jemand eine den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen unangemessene Gestaltungsmöglichkeit benutzt, um eine*

Subvention oder einen Subventionsvorteil für sich oder einen anderen in Anspruch zu nehmen oder zu nutzen, obwohl dies dem Subventionszweck widerspricht. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn die förmlichen Voraussetzungen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils in einer dem Subventionszweck widersprechenden Weise künstlich geschaffen wird.

Die für die beantragte Förderung geltenden subventionserheblichen Tatsachen sind unter Punkt 5.10 benannt.

Lfd.-Nr. 5.11

Beihilferechtlich gesehen, wird die beantragte Zuwendung als sog. De-minimis Beihilfe gewährt. Gem. den Vorgaben der EU hat der Zuwendungsgeber sich vor der Gewährung von De-minimis Beihilfen zu vergewissern, dass bestimmte Vorgaben erfüllt sind. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, hat der Zuwendungsempfänger die sog. „De-minimis Erklärung“ unter lfd.-Nr. 5.11 abzugeben.

Unterschriftenfeld

Das Unterschriftenfeld ist vollständig auszufüllen. Die Unterschrift muss im Original geleistet werden.

Sollten weitere Fragen zur Antragstellung bestehen, können Sie sich an Ihr örtlich zuständiges Forstamt oder die Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt a. d. Weinstraße, Herrn Roland Seltsam (Tel. 06321/6799324) oder Herrn Christoph Kolada (06321/6799303) wenden.

Es wird empfohlen, sich eine Kopie des unterschriebenen Antrages sowie der Anlagen zu fertigen. Dies erleichtert die Bearbeitung für den Fall, dass Rückfragen zum Antrag bestehen.